

Fragen

für die Fragestunde der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. November 1978
am Donnerstag, dem 9. November 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	18
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	18, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	13, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	16, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	17, 38 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Augstein
(SPD) Wieviel Strafverfahren wegen Naziverbrechen sind nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen 1965 im Zeitraum 1965 bis 1969 neu hinzugekommen?
2. Abgeordneter
Augstein
(SPD) Wieviel Strafverfahren wegen Naziverbrechen sind nach der Verlängerung der Verjährungsfrist auf 30 Jahre für Verbrechen, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind, sei 1969 neu hinzugekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Hat der Bundesfinanzminister seine Zustimmung zum vorliegenden Entwurf eines Jugendhilfegesetzes gegeben, und wenn ja, wann und mit welchen Worten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den Haushaltsansatz 1979 zur Förderung des Zonenrandgebiets auf Grund der §§ 5 bis 7 des Zonenrandförderungsgesetzes (Epl. 27 Titelgr. 01) gegenüber dem Haushaltsjahr 1978 nicht erhöht, und beabsichtigt sie, diese reale Kürzung auch in den kommenden Jahren fortzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Mit welchem Förderergebnis im sozialen Wohnungsbau rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr auf Grund der bisher vorliegenden Ländermeldungen bzw. Bewilligungsstatistiken, inwieweit wirken sich dabei die zusätzlichen Stützungsmaßnahmen und die relativ späte Mittelbereitstellung des letzten Jahrs aus, und wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus auch auf Grund von Länderprognosen für die nächsten Jahre?
6. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Welcher Anteil entfällt nach den bisherigen Förderzahlen 1978 dabei insgesamt sowie im zweiten Förderweg auf Eigentumsmaßnahmen, inwieweit werden im zweiten Förderweg die besonderen Einkommengrenzen ausgeschöpft, und wo liegt hier die durchschnittliche Einkommenshöhe?

7. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Welche gesetzlichen Maßnahmen gegen Bodenpreissteigerungen sind es konkret, die der Bundesbauminister wünscht, aber derzeit politisch nicht für durchsetzbar hält (vgl. Frage Nr. 79 für die Fragestunde am 4./5. Oktober 1978 — Plenarprotokoll 8/109, Seite 8646 — und Frage Nr. 81 für die Fragestunde am 18./19. Oktober 1978 — Plenarprotokoll 8/111, Seite 8798)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Beamte des Bundes zwar ihren Dienstort mit einem von ihnen selbst gesteuerten Wagen anfahren, dann aber für die Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben außerhalb des Dienstorts von einem Dienstwagen mit Fahrer gefahren werden, und ist der Bundesregierung bekannt, daß dabei sowohl Fahrer wie Dienstwagen während der Zeit der Wahrnehmung des Außentermins ohne Beschäftigung sind, und welchen Sinn sieht die Bundesregierung darin?
9. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung in ihrer Verantwortlichkeit für sparsamen Umgang mit Steuergeldern die Absicht, dieses Verhalten abzuschaffen mit dem Ziel, daß Beamte des Bundes in Zukunft entweder die Dienstwagen oder ihren anerkannten Privat-Pkw selbst zu Außenterminen steuern?
10. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Halt es die Bundesregierung für rechtmäßig, daß im Verantwortungsbereich der Bundesregierung eine Behörde nach §§ 4 und 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes eine andere Behörde um Amtshilfe ersucht, und damit ein Verbot umgeht, das ihr ein bestimmtes Vorgehen aus eigenem Recht untersagt?
11. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Was will die Bundesregierung tun, um die Gefahr zu beseitigen, daß durch die Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes für das Bundesamt für Verfassungsschutz beim „Erfassen bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle“ die Bestimmung in § 3 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes umgangen wird, nach der dem Verfassungsschutz unbestritten eigene Eingriffsrechte untersagt sind?
12. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Wie oft und bei welchen Anlässen ist der Leiter der Abteilung U des Bundesinnenministeriums in den letzten Monaten in Hessen und Bayern öffentlich aufgetreten, und welche dienstlichen Mittel wurden hierbei eingesetzt?
13. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands von dieser Organisation systematische Ausbildung in Subversion und Sabotage erhalten, um Einrichtungen und Geräte der Bundeswehr zu stören bzw. zu zerstören, wie Bild am 29. September 1978 berichtete?

-
- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die von Exilkroaten vorgebrachten Drohungen im Zusammenhang mit dem Auslieferungsbegehren Jugoslawiens von acht in Deutschland wohnenden Exilkroaten, für jeden von den deutschen Behörden an Jugoslawien ausgelieferten Exilkroaten zwei deutsche Polizisten zu ermorden? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, daß dem in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Exilkroaten Stepan Bilandzic zwar bereits 1965 ein politisches Betätigungsverbot auferlegt, aber nicht überwacht und durchgesetzt wurde, und beruht dieses Verbot auf einer Weisung der Bundesregierung oder einer eigenen Entscheidung der zuständigen Landesbehörde? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) | Welche weiteren Fälle solcher Betätigungsverbote hat die Bundesregierung veranlaßt oder sind ihr sonst bekannt, und wie werden diese überwacht und gegebenenfalls durchgesetzt? |
| 17. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob tatsächlich in der Nähe des Kernkraftwerks Lingen Leukämieschäden bei Kindern in besonderer Häufigkeit nachgewiesen wurden, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen? |
| 18. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Kann die Bundesregierung die Richtigkeit einer dpa-Meldung vom 24. Oktober 1978 bestätigen, wonach im Umkreis von 80 km des stillgelegten Kernkraftwerks Lingen eine erhebliche Zunahme der Kindersterblichkeit infolge Blutkrebs festzustellen ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus? |
| 19. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Liegen die behaupteten 230 Leukämiefälle seit Inbetriebnahme des Kernkraftwerks 1968 über dem Bundesdurchschnitt, und ist eine Ursächlichkeit des Betriebs des Kernkraftwerks für diese Fälle nachzuweisen? |
| 20. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, nach den Meldungen über die gestiegene Zahl von Leukämieerkrankungen im Umkreis des Atomkraftwerks Lingen auch im Umkreis anderer Atomkraftwerke durch unabhängige Kommissionen untersuchen zu lassen, ob es einen Zusammenhang zwischen Leukämieerkrankungen und dem Betrieb von Atomkraftwerken gibt, und ist es zutreffend, daß es Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen dem Betrieb eines Atomkraftwerks und dem Anstieg von bestimmten Krankheiten, trotz der großen Zahl im Betrieb befindlicher Atomkraftwerke, in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch nicht gibt? |
| 21. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) | Welche Mittel stehen dem Umweltbundesamt in Berlin für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, und hält die Bundesregierung diese Mittel für ausreichend, um die Ergebnisse der Arbeit des Umweltbundesamts einer breiten Öffentlichkeit im Interesse einer nötigen, verstärkten Aufklärung über Umweltprobleme zugänglich zu machen und damit zur Verbesserung der Umweltbedingungen beizutragen? |

22. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit werden vor der Einstellung Jugendlicher als Auszubildende von Bundesbehörden beim Verfassungsschutz des Bundes oder der Länder Auskünfte eingeholt, um — wie nach Bestätigung des Innenministers von Rheinland-Pfalz bei dortigen Behörden üblich — zu erfahren, „ob über den Bewerber bereits konkrete Tatsachen bekannt sind, die darauf schließen lassen, daß der Bewerber nicht das Qualifikationsmerkmal ‚Verfassungstreue‘ für den öffentlichen Dienst erfüllt“?
23. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß — wie die Presse meldete — der Bundesinnenminister die Ablehnung des im Novellierungsentwurf der Bundesregierung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz enthaltenen Verschlechterungsverbots durch den Bundesrat mit der Bemerkung kommentierte, „Die Rheinversalzung kann ich noch ein paar Jahre abwarten, aber daß die Leute Krebs kriegen, das ertrage ich nicht“, und falls ja, wie rechtfertigt er dann den Regierungsvorschlag, die Grenzwerte der TA Luft für die Belastungsgebiete zur Unbedenklichkeitsnorm zu machen?
24. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Treffen Berichte zu (siehe Frankfurter Rundschau vom 24. Oktober 1978), wonach aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland entlassene ehemalige politische Häftlinge nach ihrer Ankunft im Notaufnahmelager Gießen erkennungsdienstlich behandelt worden sind, daß die Behörden Fingerabdrücke genommen und Polizeiphotos angefertigt haben, wobei die Betroffenen Tafeln mit Registriernummern in der Hand zu halten hatten und auf Weigerung der Betroffenen ihnen angedroht worden sei, in diesem Fall das Aufnahmeverfahren nicht ordnungsgemäß abwickeln zu können?
25. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Welche Nachteile sind den beiden Betroffenen bisher durch ihre Weigerung, sich erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, entstanden, und welche weiteren Nachteile sind gegebenenfalls noch zu erwarten?
26. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Entsprechen nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen über weitere Störfälle im Kernkraftwerk Brunsbüttel den Tatsachen, nach denen — unabhängig von den Vorgängen im Zusammenhang mit der Entdeckung von Eisenteilen im Kühlmittelkreislauf des Reaktors und der Überflutung bzw. dem Ausfall der Hauptpumpenzentrale — die in Lagerbecken deponierten Brennelemente des abgeschalteten Reaktors sich über das zulässige Maß erhitzen und nur durch eine letzte Notkühlmöglichkeit eine Freisetzung großer Mengen von Radioaktivität vermieden werden konnte?
27. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Entsprechen weitere Informationen den Tatsachen, daß bei Anwendung dieser Notkühlung zuviel Wasser eingespeist wurde, so daß radioaktives Wasser unkontrolliert ausfloß?
28. Abgeordneter
Coppik
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung dazu veranlaßt, dem türkischen Faschistenführer Türkesch die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu seinen provokativen Auftritten in Berlin und Dortmund nicht zu verwehren, und was gedenkt sie zu tun, um dem

- Eindruck entgegenzutreten, sie billige, daß in der Bundesrepublik Deutschland von rechtsradikalen MHP-Organisationen — mit dem grauen Wolf als Zeichen — ein gewaltsamer rechtsradikaler Umsturz in der Türkei vorbereitet wird?
29. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zum Schutz der demokratischen türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland vor den rechtsradikalen MHP-Organisationen zu ergreifen?
30. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche Pflichten zur aktiven Unterstützung der Ziele oder der Tätigkeit ihrer Partei einschließlich der Pflicht, den Parteibeitrag zu bezahlen, obliegen den Mitgliedern der im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung als verfassungsfeindlich gekennzeichneten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nach ihren Satzungen oder sonstigen Grundsätzen, und sind der Bundesregierung Parteien dieser Art bekannt, die nicht auf die Erfüllung dieser Pflichten ihrer Mitglieder achten?
31. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Könnten nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen verfassungsfeindlichen Parteien ohne die aktive Unterstützung durch ihre Mitglieder ihre Aktivitäten, insbesondere die Unterwanderung öffentlicher und privater Organisationen und Vereinigungen, durchführen, die in den Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung aufgezählt sind?
32. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob — wie im Bericht des Stern (Nr. 44/78 Seite 273 f.) gemeldet — die Bielefelder Studentin Karin Aalbers nach ihrer Verhaftung wegen dringenden Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung fünf Tage lang in Untersuchungshaft genommen wurde, bevor ihr das erste Mal der Besuch eines Anwalts gestattet wurde, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls angeben, auf welcher Rechtsgrundlage dies geschehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß — wie die Presse gemeldet hat — der Rückstand der noch unerledigten Transferaufträge nach der Sperrguthabenvereinbarung mit der DDR zur Zeit 30 Monate beträgt?
34. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß die im Rentenalter stehenden Bürger die nach der Sperrguthabenvereinbarung mit der DDR möglichen Beträge regelmäßig erhalten?
35. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Für welches Jahr ist nach den Plänen der Bundesregierung damit zu rechnen, daß die Nettoneuverschuldung des Bundes auf Null zurückgehen wird, und wann wird die Bundesregierung mit der Tilgung der seit 1969 gemachten Schulden beginnen?
36. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Erfolge konnte die Zollfahndung im Bundesgebiet in der Zeit von 1976 bis 1978 verzeichnen?

37. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang die Verwendung von EDV-Anlagen?
38. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Wieviel Fälle von Steuerhinterziehung, in denen buchführungspflichtige Bauern ihre Ernte teilweise unter falschem Namen oder unter Namen von nicht buchführungspflichtigen Kleinbauern abgeliefert haben, sind seit Anfang 1975 jährlich bekanntgeworden, um wieviel Fälle mit welchen hinterzogenen Beträgen aus welchen Bundesländern handelt es sich?
39. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Auf welchen Umfang schätzt die Bundesregierung die Gesamtzahl und die Gesamtsumme für das gesamte Bundesgebiet auf Grund der vorliegenden Erfahrungen?
40. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, möglichst alle Hinterziehungsfälle dieser Art aufzudecken, bzw. was wird sie unternehmen, um die Steuerehrlichkeit in der Landwirtschaft dahingehend durchzusetzen, daß ähnliche Fälle für die Zukunft möglichst ausgeschlossen werden?
41. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Wann wird die Bundesregierung Schlußfolgerungen aus dem Professoren-Gutachten zur Einkommenbesteuerung der Landwirtschaft ziehen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der die Aufzeichnungspflicht ausdehnt und insgesamt eine gerechtere Besteuerung der Landwirtschaft im Verhältnis zueinander und im Verhältnis zu anderen Steuerzahlern möglich macht?
42. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, ob und in welcher Zahl die steuerpflichtigen Landwirte tatsächlich Bücher führen bzw. sich von der Steuerverwaltung schätzen lassen, bzw. ob in den letzten Jahren eine zunehmende oder abnehmende Tendenz bei den steuerpflichtigen Landwirten besteht, die Gewinne nach Durchschnittssätzen (§ 13a des Einkommensteuergesetzes) zu ermitteln?
43. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Welche Überlegungen hat die Bundesregierung angestellt, um die unbilligen einseitigen Folgen der Steuerklassen V bei erwerbstätigen Ehepartnern zu mindern, insbesondere im Hinblick auf einen wechselnden Höherverdienst, auf die Berechnung des Arbeitslosengelds nach Nettoentgelten und der Unterhaltshilfen bei berufsfördernden Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, und wird daran gedacht, die Steuerklasse V wegen ihres frauendiskriminierenden Effekts abzuschaffen, gegebenenfalls wann?
44. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welches ist das Ziel der von der Regierung ins Auge gefaßten „Strukturverbesserung“ bei den landwirtschaftlichen Brennereien?
45. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß privaten Wohnungsunternehmen hohe zusätzliche Steuerlasten dadurch aufgebürdet werden, daß nach Abschnitt 56 Abs. 5 der Vermögensteuerrichtlinien 1975 bei Sozialwohnungen die öffentlichen Bau-

darlehen nicht mehr wie bisher mit dem Nennbetrag, sondern mit dem abgezinsten Betrag anzusetzen sind, was in besonderen Fällen zur Substanzbesteuerung führt, und womit rechtfertigt die Bundesregierung diese Änderung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Mißt die Bundesregierung der deutschen Stahlindustrie die gleiche hohe Bedeutung zu, wie es in den Maßnahmen der französischen Regierung durch die Übernahme von 40 Mrd. Franc zum Ausdruck kommt, und wird die Bundesregierung diverse staatliche Stützmaßnahmen ebenso offensiv vertreten?
47. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß angesichts einer zwar verbesserten aber immer noch unbefriedigenden Preisverbesserung auf dem Stahlmarkt damit zu rechnen ist, daß im Jahr 1981 der Stahlmarkt sich wieder normalisiert hat?
48. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Welche Überlegungen haben den Bundeswirtschaftsminister bewogen, bei der Aufstellung des Regionalklassensystems in der Kfz-Versicherung zu der Gruppe der Großstädte nicht — wie üblich — alle Städte über 100 Tausend Einwohner, sondern nur die über 300 Tausend zählen zu lassen?
49. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, dem unfallfreien Fahren in den teureren Regionalklassen einen Sonderbonus einzuräumen?
50. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß deutsche Firmen im Handel mit osteuropäischen Staaten mit wesentlich größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben als osteuropäische Staatshandelsgesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland tätig werden wollen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, sich für eine größere Chancengleichheit der deutschen Firmen im Osthandel einzusetzen?
51. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen, damit direkte Vertretungen deutscher Firmen in osteuropäischen Ländern eingerichtet werden können und die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Unternehmen nicht mit Sonderkosten belastet wird?
52. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Landmaschinenindustrie hinsichtlich der Exportfinanzierungsmöglichkeiten gegenüber anderen Ländern, auch solchen der EG, erheblich benachteiligt ist, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?
53. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die DDR z. Z. Bier, dessen Herkunft für die hiesigen Verbraucher nicht erkennbar ist, in erhöhten Mengen zu niedrigsten Preisen in die Bundesrepublik Deutschland liefert oder liefern

- will, und wenn ja, sieht die Bundesregierung angesichts des bei uns ohnehin stagnierenden Bierabsatzes dadurch Arbeitsplätze gefährdet, und werden Möglichkeiten seitens der Bundesregierung erörtert, diesen Zustand zu kompensieren, etwa durch Erschließen des Biermarkts der DDR für unsere Brauereien?
54. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu der Äußerung von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff in Teheran, bei der schiitischen Opposition zum Schah-Regime handele es sich um „ultrakonservative oder gar reaktionäre Kräfte“, und was sind die Kriterien für eine solche Einschätzung?
55. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der Meinung von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff zu, der Schah des Iran habe eine Liberalisierungspolitik in seinem Land eingeleitet, und wie vereinbart sie diese Einschätzung mit der Tatsache, daß in den iranischen Städten das Kriegerrecht herrscht, daß in den vergangenen Wochen und Monaten Iraner zu hunderttausenden durch Streiks und Demonstrationen gegen die Politik des Regimes protestiert haben und nach Angaben der iranischen Opposition an die 40000 Menschen bei Zusammenstößen mit Polizei und Militärs getötet wurden?
56. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Welche Erkenntnisse der innenpolitischen Situation im Iran haben die Bundesregierung veranlaßt, durch den Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff gegenüber dem Schah die Liberalisierung der iranischen Innenpolitik zu begrüßen?
57. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Angaben von amnesty international unzutreffend sind, daß es im Iran mehrere tausend politische Gefangene gibt und daß diese gefoltert werden?
58. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung uneingeschränkt den von Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff in Teheran vertretenen Standpunkt, daß die Bundesrepublik Deutschland an stabilen Verhältnissen in Persien interessiert sei?
59. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Trifft die Meldung zu (Spiegel vom 30. Oktober 1978), nach der die Flick-Gruppe der Bundesregierung in einem Steuerbegünstigungsfall nach § 6 b EStG angekündigt hatte, daß bei Nichterteilung der Antragsgenehmigung geschäftspolitisch ein Weg beschritten werden müsse, „der mittelfristig mehr als 2000 Arbeitsplätze gefährdet“, und wie bewertet die Bundesregierung solche Argumentationen eines Antragstellers nach § 6 b EStG grundsätzlich?
60. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Wie ist der Stand der Überlegungen und Entscheidungen in der Bundesregierung hinsichtlich der Steuerbefreiungen für den Erlös aus dem Verkauf der Daimler-Benz-Aktien durch den Flick-Konzern, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein volkswirtschaftlich besonders förderungswürdiges Geschäft sowohl beim Verkauf wie auch bei den Einkäufen des Konzerns nicht ersichtlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|--|--|
| 61. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) | Stimmt es, daß durch das in den Niederlanden am 24. Mai d. J. in Kraft getretene Gesetz über die Neuordnung zur Förderung von Investitionen Veredlungsbetriebe der Geflügelwirtschaft in den Niederlanden die Möglichkeit haben, verlorene Zuschüsse in Höhe von 27 bis 40 v. H. — gestaffelt nach Arbeitslosenquote der einzelnen Regionen — zu erhalten, und wenn ja, hat die Bundesregierung bereits überprüft, ob die holländischen Förderungspraktiken im Einklang mit den EG-Verträgen stehen? |
| 62. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) | Wie gedenkt die Bundesregierung, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, um einer dadurch entstehenden erheblichen Benachteiligung dieses Wirtschaftsbereichs in Deutschland entgegen zu wirken? |
| 63. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Wie wird die Bundesregierung die Kritik am Programm zur Förderung der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur, sie haben etwas ohne Hand und Fuß konstruiert, entkräften, und welche Möglichkeiten sieht sie, mit Zustimmung der Bundesländer das Programm den Bedürfnissen der Betriebe besser anzupassen? |
| 64. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Trifft es zu, daß die Legehennenhaltung in den Niederlanden mit Hilfe staatlicher Investitionshilfen weiterhin ausgedehnt wird, und was tut die Bundesregierung bilateral und auf EG-Ebene gegen diese gemeinschaftswidrige Politik? |
| 65. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung den in Bayern seit 1970 beschrittenen Weg der Agrarpolitik, zu dem sie in Beantwortung meiner Frage B 46 und 47 (Stenographischer Bericht der 112. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 20. Oktober 1978, S. 8839) Stellung genommen hat, gründlich analysiert, und wenn ja, wo sieht sie in ihm eine Sackgasse, die den Landwirten ein falsches Bild ihrer Zukunftschancen zeichnet und sie zu Weichenstellungen veranlaßt, die nicht weiterführen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|---|
| 66. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, auch solche den Anforderungen entsprechende Tätigkeiten in die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) einzubeziehen, die in den Vereinen und Verbänden des Sports geleistet werden? |
| 67. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) | Wird sich das Bundesarbeitsministerium oder durch seine Vermittlung die Bundesanstalt für Arbeit zu einem grundlegenden Gespräch über diese Fragen mit den Spitzenorganisationen des Sports bereithalten? |

68. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hält es die Bundesregierung für erforderlich, daß zur Fortzahlung des Kindergelds für ein Kind, das das 18. Lebensjahr vollendet, ein vierseitiges DIN A 4-Formular vorgelegt wird, zu dessen Verständnis auch der Empfang und die Kenntnisnahme einer vier Seiten langen Anleitung bestätigt werden muß?
69. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage, Auskunft über die Antragsentwicklung und deren Tendenz bei Gesundheitsmaßnahmen im Bereich der Rentenversicherungsträger zu geben?
70. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Kann die Bundesregierung Mitteilung darüber geben, ob z. B. bei einzelnen Rentenversicherungsträgern eine unterschiedliche Entwicklung festzustellen ist, gegebenenfalls auch nach regionalen Gesichtspunkten, und beabsichtigt die Bundesregierung, aus den gewonnenen Erkenntnissen die Konsequenzen für die nach der Bemessungsverordnung festzusetzenden Beträge für die Haushaltspläne der Rentenversicherungsträger für das Jahr 1979 zu ziehen?
71. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem am 2. Januar 1978 in Kraft getretenen „Zweiten Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte“ gemacht, und in welchem Maß haben Arbeitgeber nach diesem Programm Zuschüsse in Anspruch genommen?
72. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, nach denen örtliche Arbeitsämter Umschulungsmaßnahmen abbrechen, wenn Umschüler ihre seit vielen Jahren bewährten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte wahrnehmen, und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu tun?
73. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung örtlicher Arbeitsämter, Mittel für Umschüler dann zu streichen, wenn durch die Wahrnehmung des Schülervertretermandats Stundenversäumnisse aufgetreten sind, die nur durch eine Verlängerung der Umschulungsmaßnahme aufgeholt werden könnten?
74. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Hat sich Bundesminister Ertl bei Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg bemüht, dem Jugendarbeitsschutzgesetz eine Fassung zu geben, die den Mißbrauch von Kindern verhindert, ohne sinnvolle jugendgemäße Beschäftigung unmöglich zu machen, und wenn ja, welchen Erfolg haben diese Bemühungen gehabt?
75. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Hat das Bundesamt für den Zivildienst den Sohn des ZDF-Journalisten Gerhard Löwenthal zugunsten des Medizinstudiums des Zivildienstpflichtigen vom Zivildienst auf Grund von „guten Beziehungen“ des ZDF-Journalisten zurückgestellt, wie in der Presse gemeldet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

76. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Welche Gründe sprachen bzw. sprechen dafür, daß die Luftwaffenwerften auf Gebieten tätig sind, auf denen ausreichende industrielle Kapazität vorhanden ist?

77. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Ist beabsichtigt, die Luftwaffenwerften auch in die Instandsetzung von z. B. MRCA und Alpha Jet — parallel zu zivilen Firmen — einzuschalten, und wenn ja, in welchem Umfang?
78. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Trifft es zu, daß die Anerkennungsbescheide für Kriegsdienstverweigerer, die zwischen dem Inkrafttreten der Novelle zum Wehrpflichtgesetz und dem Erlaß des einschlägigen Urteils des Bundesverfassungsgerichts unanfechtbar geworden waren, nach dem Urteilsspruch wieder aufgehoben wurden, und mit welcher rechtlichen und tatsächlichen Begründung geschah dies gegebenenfalls?
79. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wie kann unter solchen Umständen das Vertrauen der Bürger in die Geltungs- und Bestandskraft von Gesetzen — unbeschadet einer späteren möglichen Aufhebung durch das Bundesverfassungsgericht — erhalten werden?
80. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Sieht sich die Bundesregierung auf Grund der Tatsache, daß sie im Entwurf des Haushaltsplans 1979 bei der Haushaltsstelle 11903—032 des Einzelplans 14, Kapitel 14 10 „Verwaltungskosteneinnahmen und Einnahmen an Verpflegungsgeld“ den Ansatz um 10 Millionen DM zurückgeführt hat, in der Lage, wenigstens mit Beginn des Haushaltsjahrs 1979 auf die Erhebung der sogenannten Sach- und Personalkosten bei der Truppenverpflegung zu verzichten, und wann wird sie den diesbezüglichen Erlaß für den Bereich des Bundesverteidigungsministeriums entsprechend ändern?
81. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Treffen Presseberichte zu, daß die Bundesregierung mit der argentinischen Militärregierung vertraglich vereinbart hat, argentinische Militärangehörige an der Fla 20 mm bei der Bundeswehr auszubilden?
82. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob — wie in amerikanischen Presseberichten gemeldet — der Nato-Oberbefehlshaber General Haig, den Aufbau eines Nato-Offensivpotentials von chemischen Kampfmitteln in Europa zur Diskussion stellen will, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls solche Pläne?
83. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Osten noch gewährleistet, wenn die Aussage des französischen Verteidigungsexperten Pierre Gallois, Reservegeneral der Luftwaffe und politischer Berater des Flugzeugindustriellen Dassault, zutreffen, daß die Präzision und Reichweite der sowjetischen Mittelstreckenrakete SS-20 einen Grad erreicht hätten, der es Moskau erlaube, die gesamten westlichen Verteidigungsstreitkräfte mit einem einzigen Schlag ohne das Risiko eines Gegenschlags auszulöschen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, gemeinsam mit den Alliierten dieser tödlichen Bedrohung Westeuropas wirkungsvoll zu begegnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

84. Abgeordneter
**Graf
Stauffenberg**
(CDU/CSU) Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, daß erstmals einer hochrangigen SED-Delegation die Genehmigung erteilt wurde, mit einer Maschine der „DDR“-Fluggesellschaft „Interflug“ zum Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei nach Mannheim zu fliegen, obwohl dieser Partei in den von der Bundesregierung verantworteten Verfassungsschutzberichten verfassungsfeindliche Aktivitäten nachgewiesen werden?
85. Abgeordneter
**Graf
Stauffenberg**
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Möglichkeit geprüft, solche Sondergenehmigungen, die auf keinen rechtlichen Abmachungen beruhen, nur zu gewähren, wenn die „DDR“-Regierung ihrerseits die vertragswidrigen Praktiken der Zurückweisung auf den Transitstrecken von und nach Berlin, im grenznahen Verkehr und an den Sektorenübergängen in Berlin nicht mehr anwendet?
86. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wer hat auf wessen Antrag den Sonderflug der Ost-Berliner „Interflug“ mit der SED-Delegation anlässlich des DKP-Parteitags in Mannheim genehmigt, und war insbesondere das Bundesinnenministerium an der Entscheidung beteiligt?
87. Abgeordneter
Dr. von Bismarck
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in den Personenzügen der Deutschen Bundesbahn durch randalierende Gruppen, insbesondere nach großen Sportveranstaltungen, wie z. B. Bundesligafußballspielen, immer häufiger zu Ausschreitungen kommt, die zu erheblichen Sachbeschädigungen, schamlosen Belästigungen und gefährlichen Angriffen auf mitreisende Fahrgäste führen, und trifft es zu, daß die Bahnpolizei und das Zugpersonal diesem Treiben bisher keinen Einhalt gebieten konnten?
88. Abgeordneter
Dr. von Bismarck
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die inländischen und ausländischen Fahrgäste der Deutschen Bundesbahn vor derartigen Verhaltensweisen nachhaltig zu schützen?
89. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß kinderreiche Familien bei Benutzung eines Bundesbahnbusse den vollen Fahrpreis bezahlen müssen, während sie bei einer Reise mit dem Zug eine Fahrpreisermäßigung von 50 v. H. erhalten, und was gedenkt sie zu tun, damit die betroffenen Personengruppen eine gleichmäßige Behandlung erfahren?
90. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die vom TÜV Rheinland geprüfte, emissionsvermindernde und energiesparende „Staukranzdüse“ für den Einbau in Autovergaser, und ist sie bereit, eine gesetzgeberische Initiative mit dem Ziel zu ergreifen, eine Übernahme dieser umweltschonenden Erfindung durch die Automobilindustrie vorzuschreiben oder zu begünstigen?

91. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die derzeitige höchste Verkehrsbelastung der B 18 zwischen Leutkirch und Wangen im Bereich der geplanten Übernahme als einbahniges Zwischenstück der A 96 ist, und mit welcher Verkehrsbelastung wird nach Fertigstellung der A 7 zwischen Würzburg und Ulm gerechnet?
92. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die augenblicklichen Unfallzahlen und der damit verbundene volkswirtschaftliche Verlust sind, und mit welchen Unfallzahlen muß bei der in Frage 91 genannten Verkehrsbelastung nach der Aufstufung als einbahnige A 96 gerechnet werden?
93. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung auf die vom nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Dr. Riemer an den Bundesverkehrsminister gerichtete Aufforderung reagieren, eine endgültige Entscheidung über die Stilllegung von Bundesbahnstrecken nicht erst 1980, sondern so bald wie möglich zu fällen, weil die Verunsicherung der Öffentlichkeit beendet werden müsse?
94. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Initiative des Bundes gegen Alkohol im Straßenverkehr aufzugreifen und die Promillegrenze für Kraftfahrer auf 0,6 Promille festzusetzen?
95. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das Unwesen der Selbstkontrolle von Verkehrsteilnehmern mittels Promilletestgeräten in Gaststätten zu beseitigen?
96. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob vor der Einstellung Jugendlicher als Auszubildende von der Deutschen Bundespost bzw. der Deutschen Bundesbahn beim Verfassungsschutz des Bundes oder der Länder Auskünfte über die Verfassungstreue der Bewerber eingeholt werden?
97. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auf die Spitze der Deutschen Bundesbahn mit dem Ziel einwirken, auch an Veranstaltungen teilzunehmen, in denen die Leistungen der Bahn in der Vergangenheit gewürdigt und zugleich Hoffnungen und Erwartungen für die Zukunft geäußert werden, und sind ihr die Gründe bekannt, die die Deutsche Bundesbahn bewegt haben, an der Feier zum 80jährigen Bestehen des Bahnhofs Dietzenbach am 1. Dezember 1978 — vorbereitet vom Magistrat der Stadt Dietzenbach — nicht teilzunehmen?
98. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Ist die Deutsche Bundesbahn auf Grund der Argumentation des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar auf meine Frage Nr. 76 (Drucksache 8/2186 — Plenarprotokoll 8/111, Seite 8797), Fahrpreismäßigungen für kinderreiche Familien seien auf den Strecken der Deutschen Bundesbahn lediglich deshalb eingeführt worden, „um diesen Familien Fernreisen zu verbilligen“, bereit, auf Lösungen hinzuwirken, daß der Verbundtarif der von der Deutschen Bundesbahn im Verkehrsverbund betriebenen S-Bahn zwischen Plochingen, Esslingen und Stuttgart familien- und kinderfreundlicher gestaltet wird?

99. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, meiner Auffassung zuzustimmen, daß der in der Antwort auf meine Frage gegebene Hinweis, für Senioren sei „inzwischen ein für das ganze Verbundgebiet geltendes Angebot geschaffen“ worden, aus sozialen Gründen völlig unzureichend ist, da viele Senioren nur gelegentlich innerhalb des Verbundgebiets fahren und sehr vielen der Erwerb einer Monatskarte aus finanziellen Gründen nicht möglich ist und zudem für weibliche Senioren zwischen 60 und 63 Jahren, die sich bisher einen Seniorenpaß kaufen konnten, eine solche Vergünstigung auch nicht mehr besteht, und ist die Bundesregierung unter dem Eindruck dieser Argumentation nunmehr bereit, gegenüber der Deutschen Bundesbahn vorstellig zu werden, daß auf der Strecke Plochingen-Esslingen-Stuttgart die vor Einführung des S-Bahnverkehrs üblichen Seniorentarife wieder ermöglicht werden?
100. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung wettbewerbspolitisch die Werbemethoden der Deutschen Bundespost, die in einer ganzseitigen Anzeigenserie in verschiedenen Illustrierten für ein Abonnement für Sammelmarken u. a. mit den Sätzen wirbt, „Nicht auszuschließen, daß die Marken bereits vergriffen sind, wenn Sie zu spät bei Ihrem Postamt danach fragen. Das gibt dann für Sie Laufereien. Und das kann Ihnen immer wieder passieren. Es sei denn, Sie haben ein Abonnement für Briefmarken.“?
101. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die durch die Gebiets- und Verwaltungsreform entstandenen neuen größeren Landkreise ungeteilt in die Fernsprechbereiche der Deutschen Bundespost aufgenommen und entsprechend der Bevölkerung der jeweiligen Kreise ermöglicht werden muß, mit einem Telefonbuch für ihren Heimatkreis auszukommen, und ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls entsprechend auf die Deutsche Bundespost einzuwirken?
102. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Wunsch vieler Bürger, ihnen im Fernsprechverkehr mit der DDR ebenfalls den verbilligten Abend-/Nacht- bzw. Feiertagstarif zu gewähren, könnte dieses nicht auch ihrer Ansicht nach einen wesentlichen Beitrag zur Intensivierung der menschlichen Kontakte bedeuten?
103. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Existieren womöglich Pläne, solche Tarife einzuführen, und falls ja, wann könnte dies geschehen?
104. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die in Absprache zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD), dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen festgelegte untere Zahl von „800 unterversorgten Einwohnern“ beim Ausbau von Fernsehfüllsendern auch in dünn besiedelten ländlichen Räumen für angemessen?
105. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls mit ARD und ZDF neue Vereinbarungen abzuschließen, die zumindest in Härtefällen ein Abweichen von dieser Zahl gestatten?

106. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Treffen die in der Presse wiedergegebenen Äußerungen des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, Gscheidle, zu, wonach die Fernmeldegebühren bis 1985 über das bereits jetzt verordnungsmäßig festgelegte Maß hinaus gesenkt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

107. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Mit welchem Ziel fördert die Bundesregierung im Bereich der DV-Geräteentwicklung die sogenannte Y-Linie, und wie verteilt sich die Förderung auf die einzelnen Jahre?
108. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Will die Bundesregierung die Y-Linie auch nach Auslaufen des dritten DV-Programms im nächsten Jahre fördern?
109. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Bundesrechnungshofs über mißbräuchliche Verwendung von Mitteln aus der nichtnuklearen Energieforschung und -technologie für spezielle ressortfremde Gutachten und Studien des Bundesforschungsministers?
110. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Weichen die Meinungen des Bundesinnenministers, des Bundesverteidigungsministers und des Bundesverkehrsministers über die Notwendigkeit des Vorhabens „Rettung durch Hubschrauber bei Nacht“ voneinander ab, und wenn ja, welches ist die Auffassung der Bundesregierung?
111. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse sowie den Erfolg in bezug auf die aufgewendeten Steuermittel?
112. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Wurde dem Vorhaben „Rettung durch Hubschrauber bei Nacht“ eine so große Eilbedürftigkeit beigemessen, daß die notwendige und sachdienliche Ressortkoordinierung unterblieb bzw. umgangen wurde, und wenn ja, aus welchen Gründen?
113. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Was veranlaßt den Bundesforschungsminister, in einer Pressemitteilung und in einem Rundfunkinterview am 10. und 11. September 1974 das Hubschrauberprojekt auf Grund ungeprüfter Firmenangaben der Öffentlichkeit vorzustellen, und inwieweit ist dies als beispielhaft zu werten für weitere Projekte, die das Bundesforschungsministerium fördert?
114. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Auf Grund welcher Voraussetzungen bewilligte der Bundesforschungsminister dem Bundesverband Bürgerinitiativen am 23. August 1976 82000 DM für die Aufstellung eines Arbeitsprogramms, und welche Referate im Bundesforschungsministerium waren mit der Abwicklung dieses Auftrags betraut?
115. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Wo ist die abgegebene Vorstudie des Bundesverbands Bürgerinitiativen erhältlich, für die der Bundesforschungsminister 60243 DM aus den Mitteln zur Förderung der nichtnuklearen Energieforschung und -technologie bezahlt hat?

- | | |
|--|--|
| 116. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Wie beurteilt der Bundesforschungsminister die Vorwürfe des Bundesrechnungshofs zum Haushalt 1976 in Bezug auf die Einschaltung von Projektträgern? |
| 117. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Wie beurteilt der Bundesforschungsminister die Tatsache, daß im Jahr 1977 im Durchschnitt pro Beschäftigten bei Projektträgern nur sechs Projekte betreut wurden, und ist dies im Vergleich zu den Erfahrungen in der Wirtschaft wie auch zu den Ergebnissen der Untersuchungen, die im Auftrag des Bundesforschungsministeriums von der Unternehmensberatungsgesellschaft Abt angestellt wurden, noch zu rechtfertigen? |
| 118. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, um die Neutralität der Projektträger zu wahren, Interessenkollision und Wettbewerbsverzerrung durch Beteiligung von Projektträgern an Förderungsmaßnahmen des Bundesforschungsministeriums im betreuten Bereich zu vermeiden? |
| 119. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) | Was hat der Bundesforschungsminister angesichts der Kritik des Bundesrechnungshofs, die beim Bundesforschungsministerium verbleibende Förderungsentscheidung besitze lediglich nur Formalcharakter, unternommen? |
| 120. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) | Wie beurteilt der Bundesforschungsminister die Kritik des Bundesrechnungshofs an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Einschaltung privater Projektträger? |
| 121. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) | Wie beurteilt der Bundesforschungsminister die Kritik des Bundesrechnungshofs an der Zweckmäßigkeit des gegenwärtigen Verfahrens der Forschungsverwaltung durch Projektträger auch unter dem Aspekt der Verwaltungskosten, und wie stellt er sich zu dem Vorschlag des Bundesrechnungshofs, eine Bundesoberbehörde mit der Forschungsverwaltung zu beauftragen? |
| 122. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) | Werden der Bundesfinanzminister und der Deutsche Bundestag nicht über entsprechende Bewilligungen von Haushaltsmitteln bei der Festlegung der Personalstellen und Ausgaben der Projektträger beteiligt, und wenn ja, aus welchen Gründen? |
| 123. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) | Ist der Bundesforschungsminister bereit, den Aufwand für die Projektstäbe, der ebenso staatlicher Verwaltungsaufwand der Förderung ist wie der entsprechende Aufwand im Ministerium, entsprechend den Vorschlägen des Bundesrechnungshofs zentral zu veranschlagen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

- | | |
|--|---|
| 124. Abgeordneter
Bühling
(SPD) | Wird die Bundesregierung mit Tunesien Abkommen über wirtschaftliche, technische oder finanzielle Zusammenarbeit abschließen, solange noch einer der am 10. Oktober 1978 verurteilten Gewerkschaftsführer sich in Haft befindet? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

125. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß der ständige „DDR“-Vertreter in Bonn verlangt hat, daß eine ihn begleitende Polizeieskorte Trauerflore von den Antennen ihrer Funkräder entfernen mußte, und was hat die Bundesregierung gegen diesen Eingriff in die inneren Angelegenheiten unseres Staats unternommen (vgl. Welt am Sonntag vom 1. Oktober 1978)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

126. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik mit der Auffassung der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik, Drucksache 7/4121, überein, wonach es auch in Zukunft notwendig sein wird, bei der Arbeit im Ausland die Tatsache einer gemeinsamen nationalen Kultur (Seite 15, Nummer 58) zu betonen?
127. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß in ihrer auswärtigen Kulturpolitik die Darstellung der nationalen deutschen Kultur als gemeinsame Aufgabe zusammen mit der DDR verwirklicht werden kann?
128. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung eine Zusammenarbeit in der auswärtigen Kulturpolitik mit der DDR überhaupt für möglich, solange die DDR einen kulturellen Alleinvertretungsanspruch geltend macht?
129. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Anspruch der DDR, sich als einzige Vertreterin der wahren deutschen Kulturtradition zu sehen, und wie begegnet die Bundesregierung dieser Politik?
130. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung es als Bestandteil ihrer auswärtigen Kulturpolitik an, den Schriftstellern und Künstlern, die aus der DDR ausgebürgert wurden oder sie auf andere Weise verlassen haben, als Vertreter der deutschen nationalen Kultur im Ausland Darstellungsmöglichkeiten zu bieten?
131. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die DDR in Drittländern gegen die außenkulturpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung in aggressiver Form agiert und in ernsthafter Form zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland bei Regierungen in Drittländern interveniert hat, und wie verhält sich die Bundesregierung in solchen Fällen?
132. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Stipendienangebote der DDR, die diese im vergangenen Jahr nach dem ersatzlosen Wegfall der Stipendien des DAAD den ausgeladenen Stipendiaten zum Ausgleich angeboten hat, von diesen angenommen worden sind?
133. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung gegebenenfalls im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik in Zukunft auf Grund der in diesem Fall gemachten Erfahrungen davon absehen, kurzfristige Mittelkürzungen vorzunehmen, die es der DDR ermöglichen, diese Lücke auszufüllen?

- | | |
|--|---|
| 134. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik die Aktivitäten der DDR-Organisation „Neue Heimat“, die sich offenbar mit erheblichen finanziellen Mitteln bemüht, in vielen Teilen der Welt die ausländischen Staatsbürger deutscher Herkunft für ihre politischen Ziele zu gewinnen? |
| 135. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Welche Aktivitäten entfaltet die DDR nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber deutschen und deutschstämmigen Bürgern in den einzelnen Ostblockstaaten? |
| 136. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach ca. „3500 Fallschirmjäger der Streitkräfte der DDR in Angola stationiert sind, um den Guerillaeinheiten der südwestafrikanischen Volksorganisation Swapo zu helfen“? |
| 137. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Aktivitäten dieser DDR-Verbände im Hinblick auf Ruhe, Frieden und freie Wahlen in Südwestafrika? |
| 138. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Pressemeldungen (z. B. General-Anzeiger Bonn vom 23. Oktober 1978) bestätigen, wonach 3500 Fallschirmjäger der „Nationalen Volksarmee“ in Angola stationiert sind, und welche Aufgaben haben diese Soldaten nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in diesem südafrikanischen Land? |
| 139. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) | Welche Teile der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen hat der Bundeskanzler mit seiner Bemerkung auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg gemeint, „Die polnischen staatlich beauftragten Wissenschaftler haben sich an der einen oder anderen Stelle gegenüber ihren ungebundenen deutschen Verhandlungspartnern ein bißchen zu entschlossen durchgesetzt. Keine Stelle darf sich überfahren lassen, darf andere überfahren, niemand soll sich überfahren fühlen“? |
| 140. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Deutsche „auf Grund ihrer unbestreitbaren deutschen Volkszugehörigkeit“ nur in ganz seltenen Fällen die Ausreiseerlaubnis seitens der polnischen Dienststellen erhalten, weil eine Einladung aus der Bundesrepublik Deutschland verlangt wird, obwohl diese in den meisten Fällen nicht beigebracht werden kann, und was gedenkt sie diesbezüglich zu tun? |
| 141. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Trifft die im Nachrichtenspiegel Inland II des Bundespresseamts am 20. Oktober 1978 aufgeführte Meldung der Bonner Rundschau — angeblich aus Regierungskreisen — zu, wonach die Sowjetunion darüber unterrichtet worden sei, daß Bundesratspräsident Stobbe „in Vertretung des Staatsoberhaupts keine spektakulären Amtshandlungen vornehmen werde“? |

142. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Gespräche der Bundesregierung mit der polnischen Regierung „über die Frage der sprachlichen und kulturellen Rechte für die Deutschen“ unter polnischer Verwaltung zu keinen Ergebnissen geführt haben, und würde es daher nicht zum „pflichtgemäßen Ermessen“ der Bundesregierung gehören, von der Volksrepublik Polen die Erfüllung der Rechte dieser Deutschen aus Artikel 27 des Politischen UN-Menschenrechtspakts einzufordern, „ohne öffentliche Anklage“ zu erheben und ohne in rechtsdogmatische Erörterung über die Stellung bestimmter Vorschriften innerhalb des polnischen Rechtssystems auszuweichen (vgl. Antwort vom 20. September 1978)?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den neuen Entwurf einer Mediendeklaration der UNESCO, der während der 20. Generalversammlung von den jetzt 144 Mitgliedstaaten vom 24. Oktober bis 28. November 1978 in Paris beraten und verabschiedet werden soll?
2. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung seit der 19. Generalversammlung vom 26. Oktober bis 30. November 1976 in Nairobi und seit dem unter der Schirmherrschaft der UNESCO im April 1977 in Florenz stattgefundenen und ergebnislos verlaufenen Kolloquium von Journalisten aus aller Welt zu den Problemen eines Kodex über den internationalen Medienaustausch unternommen, um ihre eigene Haltung und jene der westlichen Länder insgesamt in der endgültigen Fassung dieser Deklaration in entsprechender Weise zur Geltung zu bringen, und was gedenkt sie zu unternehmen, falls – wie befürchtet wird – die Mehrheit der Generalversammlung dem zur Zeit vorliegenden Entwurf zustimmt?
3. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) In welcher Weise haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Erarbeitung dieses Entwurfs oder eines deutschen Gegenentwurfs für eine Mediendeklaration zusammengearbeitet, und wo liegt die Federführung speziell bei dieser Einzelfrage?
4. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. noch immer keine Möglichkeit eingeräumt bekommt, sich der Gräber der deutschen Kriegstoten in Polen anzunehmen, und was tut sie, um eine baldige Änderung der polnischen Haltung zu erreichen?
5. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Berufsverbote in der UdSSR bekannt, auf die im Informationsbulletin der ukrainischen Helsinki-Gruppe vom Juni 1978 hingewiesen wird (vgl. KNA-Informationsdienst, 12. Oktober 1978) und die darin bestehen, daß ehemalige Gewissensgefangene nach einem Erlaß des Obersten Sowjets vom 26. Juli 1966 auch nach Entlassung aus Gefängnis oder Lager ständiger öffentlicher Polizeiaufsicht unterliegen, wenn sie sich nicht bereit erklären, ihre Ansichten zu widerrufen, wodurch ihnen die Möglichkeit genommen wird, in ihrem früheren Beruf weiterzuarbeiten?
6. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Informationen, daß in Argentinien die Zeugen Jehovas verfolgt und unterdrückt werden, und was wird die Bundesregierung unternehmen, wenn derartige Informationen zutreffend sein sollten?

7. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Sind — nachdem die Bundesregierung Gelegenheit hatte, die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten vom September 1978 in direkter Aussprache abzuklären — Organisationsfragen der Europäischen Gemeinschaft für eine erweiterte EG zur Diskussion gestellt worden, und wenn ja, in welchem Umfang?
8. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Entscheidungsmechanismus bei der Erweiterung der Gemeinschaft auf die Mehrheitsentscheidung abgestellt werden sollte und nur Fragen von gravierender Bedeutung unter das Vetorecht fallen sollten?
9. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Haltung sie zu dem Vorschlag des französischen Präsidenten, „Europa müsse sich zu einer Konföderation entwickeln“, einnimmt, nachdem seit Beginn der Integrationsbestrebungen Regierung und Opposition in der Bundesrepublik Deutschland immer die Ansicht vertreten haben, daß aus der Europäischen Gemeinschaft eine Föderation werden solle?
10. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung über Größe und Zusammensetzung der Kommission nach dem Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal?
11. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen in den letzten Wochen in Äthiopien eine verstärkte Verhaftungswelle, verbunden mit grausamen Folterungen, festzustellen war, die sich unter anderem auch gegen kirchliche Vertreter richtete, und hat die Bundesregierung insbesondere im Fall der Verhaftung des Generalsekretärs der lutherischen „Mekane Yesus“-Kirche, Pastor Gudina Tumsa, bei der äthiopischen Regierung interveniert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU) Trifft die Aussage des früheren französischen Premierministers Pierre Messmer, derzeit Präsident des Regionalrats von Lothringen, vom 6. Oktober 1978 in Metz zu — wiedergegeben in der Saarbrücker Zeitung vom 7. Oktober 1978 —, er habe etwa im Jahre 1974 als Premierminister Cattenom ein Angebot einer grenzüberschreitenden Abstimmung gemacht, die Bundesregierung habe dieses Angebot keiner Antwort für würdig erachtet?
13. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß, wenn es bereits im Jahr 1974 eine grenzüberschreitende Abstimmung über den geplanten Bau des Kernkraftwerks Cattenom gegeben hätte, die jetzt auftretenden Schwierigkeiten besser zu lösen gewesen wären, insbesondere im Hinblick auf die Auskunft der Bundesregierung vom 21. September 1978, daß erst am 13. September 1978 ein erstes Gespräch im Rahmen der deutsch-französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen über Cattenom stattgefunden hat?

- | | |
|--|---|
| 14. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor, die zu Anschlägen auf Freiheit und Leben von Personen, die unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen, führen könnten? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Weise der „Bund der Polen ZGODA“ bei der Eingliederung der Spätaussiedler mitwirkt, und welche Unterstützungen erhält er gegebenenfalls aus Mitteln des Bundes? |
| 16. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie hoch ist die derzeitige durchschnittliche Belastung des Rheins (Mikrogramm) pro cbm mit Stoffen der polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffe? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die zu der Bundesgrenzschutzunterkunft in Bad Schwalbach gehörende Turnhalle dem Landkreis Rheingau-Taunus als Schulträger sowie den Vereinen kostenlos in den Stunden zu überlassen, in denen sie nicht vom Bundesgrenzschutz genutzt wird? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Können die Grundsätze des Wahlgeheimnisses durch „Nachfragen“ von demoskopischen Instituten nach Stimmabgabe durch die Wähler (gegebenenfalls auch vor der Stimmabgabe) gefährdet werden, und hält die Bundesregierung — gegebenenfalls durch eine gesetzliche Regelung — es für erwägenswert, daß diese Institute zehn Tage vor dem Wahltag keine Umfrageergebnisse mehr bekanntgeben? |
| 19. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) | Sind der Bundesregierung die Untersuchungsergebnisse des Bremer „Instituts für biologische Sicherheit“ bekannt, wonach in der Region des 1977 stillgelegten Atomkraftwerks Lingen außergewöhnlich viele Fälle von Krebs und Leukämie festzustellen seien, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um dem tatsächlichen Sachverhalt auf den Grund zu gehen und das befürchtete Risiko einer Gesundheitsgefährdung in der Nähe von Kernkraftwerken auszuschalten? |
| 20. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung auf Grund ihrer Ermächtigung durch § 20 Abs. 2 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes, die Funktionszuweisungsverordnung für den Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit an den gleichen Schlüsselzahlen zu orientieren wie für den viel größeren Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit? |
| 21. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den hiergegen erhobenen Vorwurf der Benachteiligung der Beamten im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit? |
| 22. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Welche Gründe liegen vor, die die Bundesregierung bisher davon abgehalten haben, die mit dem Haushaltsstrukturgesetz vorgenommene allgemeine Heraussetzung der flexiblen Altersgrenze für Beamte auf das dreiundsechzigste Lebensjahr aufzuheben und die 62-Jahres-Altersgrenze einzuführen, und wann ist mit dem Abschluß der „Überprüfung“ dieser Frage zu rechnen? |
| 23. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit erhobenen Behauptungen, daß in der Umgebung des Kernkraftwerks Lingen vermehrte Fälle |

- von Leukämie aufgetreten sind, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Bevölkerung eine eindeutige Stellungnahme zu diesen Behauptungen so schnell wie möglich abzugeben?
24. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wieviel Einbürgerungen wurden in den Jahren 1976 und 1977 ausgesprochen, jeweils aufgeschlüsselt nach Aussiedlern, ausländischen Ehepartnern, Rechtsansprüche nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit bzw. Artikel 116 Abs 2 des Grundgesetzes, Flüchtlingen und heimatlosen Ausländern und Sonstigen?
25. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Erwägt die Bundesregierung eine Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes dahin gehend, daß die in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Kinder ausländischer Arbeitnehmer, soweit ein Elternteil im Besitz der Aufenthaltsberechtigung nach § 8 AuslG ist, in Anknüpfung an das ius-soli-Prinzip die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Geburt erhalten, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, zugleich die Einbürgerung dieses Personenkreises zu erleichtern?
26. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen von international anerkannten Sportmedizinern (z. B. Prof. Dr. Wildor Hollmann, Köln), daß in der Doping-Szene des Hochleistungssports in diesem Jahr ein neuer Höhepunkt erreicht wird, und wie hält die Bundesregierung diese Erkenntnisse mit ihrer Erklärung zum medikamentösen Mißbrauch im Hochleistungssport in der Fragestunde vom 1. Juni 1978 für vereinbar?
27. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD)
- In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, ihre Sportförderung und Sportpolitik so zu gestalten, daß sie durch die Vergabe öffentlicher Förderungsmittel die Prinzipien des humanen Leistungssports wahrt und Manipulationen im Leistungssport entgegenwirkt?
28. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, dafür zu sorgen, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland keine Massenkundgebungen türkischer Staatsangehöriger durchgeführt werden, die gegen die befreundete Regierung der Türkei gerichtet sind?
29. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die offensichtlich subversive Tätigkeit rechtsextremistischer Gruppierungen türkischer Nationalität, die sich selbst als „graue Wölfe“ bezeichnen, und inwieweit ist sie in der Lage und bereit, türkische Gastarbeiter, die der türkischen Regierung zuneigen, gegen Übergriffe der „grauen Wölfe“ zu schützen?
30. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung tun, um zukünftig, auch als Folklore getarnte, innenpolitisch wie außenpolitisch bedenkliche Machtdemonstrationen ausländischer Rechtsextremisten, wie zuletzt geschehen durch die türkische MHP und die faschistische und terroristische Untergrundorganisation „graue Wölfe“ in Dortmund, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden?
31. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Warum meint der Bundesinnenminister, daß unter dem „Verfassungsgebot der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ auch eine Wiedervereinigung unter Inkaufnahme „jedweder Folgen“ verstanden

werden könnte, die in Konkurrenz mit dem Friedensgebot und der Verpflichtung zur Erhaltung der Freiheit stünde (Antwort vom 27. September 1978), während das Verfassungsgebot doch ausschließlich die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung gebietet, also nicht in Konkurrenz mit anderen Verfassungsgeboten steht?

32. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung das Konzept für Kompostierung bekannt, daß der Heidelberger Wissenschaftler Dr. Eberhard Spohn beim kürzlich in Konstanz stattgefundenen 25. Informationsgespräch des Deutschen Arbeitskreises für die Nutzbarmachung von Siedlungsabfällen (ANS) vorgetragen hat und das mit erheblich niedrigeren Investitionskosten als die bisherigen Verfahren einen ausgezeichneten Humus liefern soll (vgl. Südkurier Nr. 243 vom 20. Oktober 1978), und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Konzept?
33. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß nach der Kette von Störfällen der letzten Monate – allein im Kernkraftwerk Brunsbüttel – noch die Behauptung der für die Kernkrafttechnik Verantwortlichen, man habe die Technologie im Griff, ohne besondere Prüfung akzeptiert werden kann, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

34. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, ähnlich wie die französische Regierung, die Einbringung eines Gesetzentwurfs, in dem die Veröffentlichung von „Memoiren“ verurteilter Gewaltverbrecher untersagt werden soll?
35. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, „Sex- und Pornokale“ in Orten unter 5000 Einwohnern zu verhindern?
36. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- In welchen demokratisch und rechtsstaatlich verfaßten Staaten der Welt gibt es Straftatbestände, insbesondere den des Mords oder Sonderformen davon, die keiner Verjährung unterliegen, und um welche Straftatbestände handelt es sich gegebenenfalls in welchen Ländern?
37. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Gehört es zu den Amtsaufgaben des Bundesjustizministers, an der für die anderen Verfassungsorgane verbindlichen Auslegung des Grundgesetzes durch das dafür zuständige Verfassungsorgan sowie an seiner Auslegung der Wertordnung des Grundgesetzes und seiner Feststellung zu den Mitteln für die Wahrung der verfassungsgemäßen Ordnung – insbesondere zum Schutz des ungeborenen Lebens, der Rechte Deutschlands und der Deutschen, der Freiheit der Wissenschaft, der Finanzkontrolle des Parlaments usw. – in einer Juristenzeitschrift sich so kritisch zu äußern, daß auf einen Druck zur Änderung der Rechtsprechung geschlossen werden könnte, oder gehört es nicht zur gebotenen Selbstbescheidung eines Regierungsmitglieds, die im Rahmen des Grundgesetzes mögliche Kritik am Bundesverfassungsgericht den Vertretern der Wissenschaft und gesellschaftlicher Organisationen zu überlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter **Peter** (SPD) Hält es die Bundesregierung für angebracht, zur Verbesserung des saarländischen Arbeitsmarkts noch stärker als bisher die Saarberg-AG bei wirtschaftlich sinnvollen und arbeitsplatzintensiven unternehmerischen Aktivitäten auch außerhalb des Bergbaus zu unterstützen, bzw. erwartet die Bundesregierung vom Vorstand der Saarberg-AG Initiativen in dieser Richtung?
39. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU) Hat der Bundesfinanzminister, Matthöfer, anlässlich der Besprechung der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung mit den Abteilungsleitern Steuern der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder erklärt, daß er es nicht für vertretbar halte, wenn die in der Autoindustrie den Arbeitnehmern gewährten Rabatte bis zu 21,5 v. H. steuerfrei gestellt bleiben?
40. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU) Hat der Bundesfinanzminister auf der gleichen Tagung erklärt, daß er in die Überlegungen über die Steuervereinfachung auch die Steuerfreiheit für den Essenzzuschuß einbeziehen werde?
41. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU) Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, den Urftstausee beim Truppenübungsplatz Vogelsang für den Fremdenverkehr gegebenenfalls zeitweise bzw. teilweise frei zu geben?
42. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU) Welche Gründe haben bisher eine Rolle gespielt, den Urftstausee für die Öffentlichkeit nicht frei zu geben?
43. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU) Wie hoch sind die insgesamt von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommenen Kredite, in welchem Zeitplan sind sie zur Rückzahlung fällig, und wie hoch sind die Zinsen bis zur gesamten Rückzahlung dieser aufgenommenen Kredite?
44. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU) Handelt es sich bei diesen Krediten um Kredite mit einem festen Rückzahlungstermin, oder ist hier eine variable Rückzahlungsmöglichkeit vorhanden?
45. Abgeordneter **Merker** (FDP) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das mitten in der Stadt Lemgo liegende militärische Übungsgelände „Biesterberg“ aufzulösen und die dort jetzt stattfindenden militärischen Übungen einschließlich der Hubschrauber- und Flugübungen in das Truppenübungsgebiet Sennelager zu verlegen, nachdem die Übungen in dem unmittelbar benachbarten Wohngebiet zu unerträglichen Belastungen für die Bevölkerung geführt haben?
46. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten zur Einkommenbesteuerung in der Landwirtschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

47. Abgeordneter **Hofmann** (Kronach) (SPD) Mit welchen „einschlägigen Instrumenten der regionalen Strukturpolitik“ glaubt die Bundesregierung, die überdurchschnittlichen Strompreise im Zonenrandgebiet senken bzw. das Strompreisgefälle zwischen dem Zonenrandgebiet und den anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland verringern zu können?

48. Abgeordneter
Jung
(FDP)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Prämienanhebung der Tarifbeträge in der Kraftfahrtversicherung linear durchzuführen, ohne den statistischen Durchschnittswert dahin gehend zu berücksichtigen, daß einzelne Versicherungsgesellschaften noch 1977 hohe Ausschüttungen aus technischem Überschuß vornahmen?
49. Abgeordneter
Jung
(FDP)
- Hat die Bundesregierung geprüft, ob zutrifft, daß bei freier Entscheidung nicht jede, durch die lineare, undifferenzierte Anhebung dazu gezwungene Versicherungsgesellschaft eine Prämienanhebung vorgenommen hätte, daß also hier eine Art Prämienglättung vorgenommen wird?
50. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt der Bundeswirtschaftsminister über die wirtschaftliche Entwicklung, die die der Rentensanierung zu Grunde gelegten wirtschaftlichen Annahmen so ändern würden, daß die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Berechnung und Anpassung der Altersrenten 1981 in Frage gestellt ist?
51. Abgeordneter
Cronenberg
(FDP)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Jahresbericht 1977 des Bundeskartellamts (Drucksache 8/1925, Seite 24), in dem sich das Bundeskartellamt „im Bereich der sicherheitstechnischen Überwachung von Anlagen“ für die „Anerkennung anderer Vereinigungen von Sachverständigen als der technischen Überwachungsvereine als technische Überwachungsorganisationen im Sinne der Gewerbeordnung“ ausspricht, um die Wettbewerbsbedingungen zu verbessern?
52. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Welchen Sinn und Zweck sieht die Bundesregierung darin, daß die ERP-Broschüre 1978 erst im Oktober 1978 ausgeliefert worden ist?
53. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, diese Broschüre künftig frühzeitiger zur Information der Wirtschaft herauszubringen?
54. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Empfiehlt die Bundesregierung den Einsatz deutscher Steinkohle zur Stromerzeugung im Grundlastbereich für neue Kraftwerke in revierfernen Bereichen, und welche Kostenkalkulationen für die Kilowattstunde legt die Bundesregierung ihrer Antwort im Vergleich zu nuklearen Stromerzeugungskosten zugrunde?
55. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die von der Firma Universum GmbH & Co KG, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage Nr. 34 in der Drucksache 8/2083 S. 18 genannt wurde, unter mißbräuchlicher Ausnutzung des innerdeutschen Handels von der Ost-Berliner Firma AHB-Textil-Commerz importierten Korea-Hemden wieder an die Firma AHB-Textil-Commerz zurückgesandt werden sollen, und wenn ja, ist diese Rücksendung der illegal importierten und zwischenzeitlich beschlagnahmten Waren an die der Mittäterschaft verdächtigten Ost-Berliner Firma hinsichtlich strafrechtlicher und außenhandelsrechtlicher Bestimmungen überhaupt zulässig?

- | | |
|---|--|
| 56. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) | Welche gutachterliche Stellungnahmen aus dem In- und Ausland zur Quantifizierung der Stilllegungskosten für Kernkraftwerke sind der Bundesregierung bekannt, und welche unterschiedlichen Kosten sind nach diesen Gutachten zu erwarten? |
| 57. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) | Welche finanziellen Maßnahmen wären nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, um neue Steinkohlenkraftwerke im Grundlastbereich in re-
vierfernen Gebieten zu verwirklichen, und wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit ihrer Realisierung? |
| 58. Abgeordneter
Schöffberger
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff, die Bundesrepublik Deutschland wünsche eine Fortsetzung und Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Schah-Regime angesichts der Tatsache, daß — nach Angaben von amnesty international — im Iran immer noch zehntausende von politischen Gefangenen inhaftiert sind, daß gefoltert wird und daß Polizei und Militärs auf wehrlose Demonstranten schießen, wobei allein am sogenannten blutigen Freitag, dem 8. September dieses Jahres, mindestens 3 000 Menschen umgebracht wurden? |
| 59. Abgeordneter
Schöffberger
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff, in Bonn könne man nicht und sei man auch nicht an einer „Entwicklung zugunsten ultrakonservativer oder gar reaktionärer Kräfte noch an einer Entwicklung in Richtung auf eine marxistisch oder kommunistisch beeinflusste Gruppe“ interessiert, und ist die Bundesregierung ebenfalls der Ansicht, daß es sich bei der iranischen Opposition nur um diese beiden Alternativen handelt? |
| 60. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) | Wie schätzt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung des Rohstahlbedarfs auf dem Weltmarkt, in der EG und innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein, und welche Auswirkungen erwartet sie insofern auf die Kapazitätsauslastung der bundesdeutschen Stahlerzeuger? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|---|--|
| 61. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Durch welche Vorschläge wollte die Bundesregierung in den vergangenen Jahren das Programm zur Förderung der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur verbessern, so daß es hätte mehr in Anspruch genommen werden können, und welche Bundesländer haben diesen Vorschlägen jeweils nicht zugestimmt? |
| 62. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD) | Wie haben sich Kosten und Erlöse der eiererzeugenden Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland 1977 und im laufenden Jahr entwickelt, und kann von einer Existenzgefährdung gesprochen werden? |
| 63. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das System von intensiven Hilfen für sogenannte nicht-entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betriebe für |

den Laien kaum noch zu überschauen ist, und hält die Bundesregierung trotz zunehmender Forderungen nach Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung an diesem System fest, oder erwägt sie eine Zusammenfassung dieser Hilfen innerhalb eines in der Gemeinschaftsaufgabe verankerten allgemeinen Agrarkredits?

64. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einkommenserlöse aus Veredelungsprodukten, insbesondere auf dem Fleischsektor, in der Landwirtschaft stark rückläufig sind, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Ertragsausfall gegenüber 1976/77 auf diesem Sektor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

65. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Jahr 1977 über 75 v. H. der Auszubildenden — obwohl unter Zugrundelegung der Erhöhung der Einkommensfreibeträge berechtigt — keinen Antrag auf Beihilfe für eine berufliche Ausbildung oder für die Teilnahme an einem Grundausbildungs- bzw. Förderungslehrgang gestellt haben, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diesen offensichtlich auf Unkenntnis der Berechtigten beruhenden Mißstand für 1978 zu beseitigen?

66. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung der Gefahr bewußt, die sich auf Grund des „Runderlasses“ der Bundesanstalt für Arbeit vom 8. August 1978 für strukturschwache Regionen ergibt, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um die dadurch drohende Massenabwanderung zum Beispiel aus dem Regierungsbezirk Niederbayern zu verhindern?

67. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Kosten der Bundesanstalt für Arbeit durch die Herstellung und Versendung des 34-seitigen Merkblatts „Kindergeld“ entstehen oder entstanden sind, das zur Zeit ohne Hinweis oder Berücksichtigung auf die vorgesehenen Verbesserungen im Achten Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes an alle Bezieher von Kindergeld verschickt wird?

68. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, wonach die Versendung der Broschüre zum jetzigen Zeitpunkt in Anbetracht der kommenden Änderungen im Kindergeldgesetz wertlos ist, weil das Merkblatt nach Inkrafttreten der Änderung nicht vollständig ist und die Empfänger der Broschüre als Kindergeldbezieher über die Voraussetzungen des Bezugs von Kindergeld nicht aufgeklärt werden müssen?

69. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, wonach von den gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel im ersten Halbjahr 1978 10,28 Prozent mehr ausgegeben werden mußten, wie von der Nachrichtenagentur ddp am 27. September 1978 unter Bezugnahme auf Mitteilungen der gesetzlichen Krankenkassen gemeldet wurde, und wenn ja, welches sind nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung die Ursachen?

70. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer
(SPD)** Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach der Statistik des Verbands der Deutschen Rentenversicherungsträger im Jahr 1977 die Zahl der unerledigten Rentenanträge trotz rückläufiger Zugangszahlen im Bereich der Angestelltenversicherung um fast 25 v. H. angestiegen ist, und wie ist dieser enorme Anstieg — der nur bei der Angestelltenversicherung festzustellen ist — zu erklären?
71. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer
(SPD)** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Bundesanstalt für Angestellte einzuwirken, damit dieser Rückstand an unerledigten Rentenanträgen abgebaut wird, und ist der Bundesregierung bekannt, wie lang die Laufzeit der Rentenanträge vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zur Erledigung bei der Angestelltenversicherung im Vergleich zu den Erledigungszeiten bei den übrigen Rentenversicherungsträgern ist?
72. Abgeordneter
**Röhner
(CDU/CSU)** Trifft es zu, daß Nebenerwerbslandwirte bei Beendigung ihrer hauptberuflichen Tätigkeit und Stellung eines Antrags auf Erwerbsunfähigkeitsrente, z. B. bei der Bundesknappschaft, sofort zur Beitragszahlung an die Landwirtschaftliche Krankenkasse herangezogen werden und aus der Beitragspflicht erst wieder zum Jahresende entlassen werden, obwohl der Grund für die formelle vorübergehende Versicherungspflichtigkeit mit dem Bescheid über die Bewilligung der Erwerbsunfähigkeitsrente längst entfallen ist, und was wird — beziehendenfalls — die Bundesregierung unternehmen, um derartige als Ungerechtigkeit und bürokratische Schikane empfundene Folgen der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung abzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

73. Abgeordneter
**Ludewig
(FDP)** Trifft es zu, daß anlässlich eines Treffens von Kameradschaftsverbänden der ehemaligen Deutschen Wehrmacht in der Kampftruppenschule Munster Bundeswehrsoldaten in Uniformen der Wehrmacht Dienst taten, und wie weit ist dies gegebenenfalls mit dem Traditionserlaß der Bundeswehr von 1965 vereinbar?
74. Abgeordneter
**Ludewig
(FDP)** Hält es das Bundesverteidigungsministerium im Rahmen der Ausbildung und der Traditionspflege für notwendig und mit dem Traditionserlaß der Bundeswehr von 1965 vereinbar, daß in einer Bundeswehreinrichtung die Uniform des ehemaligen Reichsmarschalls Hermann Göring im Original, also einschließlich der Hoheitsabzeichen, ausgestellt wird, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, falls die oben geschilderten Tatsachen zutreffen, und diese nicht mit dem erwähnten Traditionserlaß vereinbar sind?
75. Abgeordneter
**Würtz
(SPD)** Treffen die Klagen vieler Fachoffiziere über die mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten in ihrer Laufbahn auf Grund von Fremdbesetzungen (Truppenoffizieren) zu, und wenn nein, wieviel Fachoffiziersdienstposten sind zur Zeit (Stichtag 7. Oktober 1978) fremdbesetzt?

76. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hat die Bundesregierung meine Fragen zum Thema Vergabe der Fertigung von Fernmeldekabinen unter Gestehungskosten vom 28. September 1978 nicht verstanden, und wenn nein, warum wurde dieser Auftrag an eine Firma vergeben, die schon auf Grund ihres Dumpingangebots erheblichen Zweifel unter Fachleuten an der ordnungsgemäßen Durchführung bis zum vollständigen Abschluß aufkommen lassen mußte?
77. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Inwieweit gibt es Pläne, die Luftwaffensanitätsschule in Klingholz aufzulösen oder deren Personal drastisch zu reduzieren?
78. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es nach Auffassung der Bundesregierung aus Rechtsgründen notwendig oder aus anderen Gründen zweckmäßig, Personen, die vorübergehend auf einem Bundeswehrgelände beschäftigt sind, aber keine Soldaten oder Zivilbedienstete der Bundeswehr sind, die Zufahrt mit ihrem Personenkraftwagen zu ihrer Arbeitsstelle zu untersagen, weil er mit einem Aufkleber „Atomkraft — nein danke“ geschmückt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

79. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wird die Bundesregierung wegen gesundheitlicher Gefahren für die Arbeitnehmer ein Verwendungsverbot von Pentachlorphenol (PCP) bei der Papierherstellung und für sonstige Zwecke erlassen und dafür Sorge tragen, daß dieses Verwendungsverbot durch die in Betracht kommenden staatlichen Stellen kontrolliert wird?
80. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Durch welche Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Interessengemeinschaft „Frauenselbsthilfe nach Krebs i. V.“, und beabsichtigt sie, dieser Gemeinschaft eine verstärkte Unterstützung zukommen zu lassen?
81. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Hat die vom Bundesgesundheitsministerium 1970 berufene Kommission, die die Entwicklung auf dem Gebiet der Mikrowellen verfolgen sollte, bis jetzt Arbeitsergebnisse vorgelegt, und geben diese, angesichts der zunehmenden Verwendung von Mikrowellen in Haushalten, der gewerblichen Wirtschaft und im medizinischen Bereich, Anlaß zu Besorgnis?
82. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Wird die Bundesregierung zur Verbesserung der Sicherheitsvorschrift bei der Verwendung von Mikrowellen für eine europäische Gemeinschaftsregelung eintreten?
83. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(SPD) Wie wird die Bundesregierung auf die Empfehlung der sozialrechtlichen Abteilung des 52. Deutschen Juristentags reagieren, „Der Kündigungsschutz der Heimbewohner ist zu verbessern. Es ist ferner zu überprüfen, ob die Auflösung bestimmter Pflegeverhältnisse von Seiten der Heimträger nur im Wege der Klage möglich sein soll.“?

84. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Überprüfung der Heimverträge durch Sozialbehörden als subjektiver Kündigungsschutz des einzelnen Heimbewohners unzureichend ist, und was wird sie tun, um sicherzustellen, daß die subjektiven gesetzlichen Rechte dieser älteren Menschen in Zukunft nicht hinter dem gesetzlichen Kündigungsschutz für Mietverhältnisse zurückbleiben?
85. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Pressemeldungen (Die Welt vom 21. Oktober 1978) zutreffen, wonach das von der deutschen Pharmaindustrie zurückgezogene Präparat Duogynon, bei dem der Verdacht von Mißbildungen als Folgeerscheinungen seiner Anwendung aufgetaucht war, in der DDR in den letzten Jahren unter den Bezeichnungen Jephagynon und Turignost vertrieben wurde und noch vertrieben wird, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über ähnliche Vorgänge im Arzneimittelvertrieb der DDR?
86. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung, die der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Prof. Dr. Farthmann in diesen Tagen in einer Pressekonferenz vorgelegt hat, daß Kinder, die noch im Mutterleib und während der ersten Lebensjahre einer besonders hohen Bleibelastung aus der Umwelt, wie in Industriestädten, ausgesetzt sind, dies möglicherweise ihr Leben lang mit verminderter Intelligenz bezahlen müssen, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, diese Gefahrenmöglichkeiten zu vermindern und zu beseitigen?
87. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um das Bundesgesundheitsamt zur Anwendung des Arzneimittelgesetzes in der Fassung zu veranlassen, in der die gesetzgebenden Körperschaften es verabschiedet haben, und um das Bundesgesundheitsamt insbesondere davon abzuhalten, den Begriff der Wirksamkeit durch den der Wirkung zu ersetzen, und wird die Bundesregierung das Bundesgesundheitsamt darauf aufmerksam machen, daß allein der Gesetzestext — und nicht die Begründung zum Entwurf der Bundesregierung — maßgebend ist, insbesondere nachdem der Entwurf durch die gesetzgebenden Körperschaften entscheidende Änderungen erfahren hat?
88. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Hersteller von Arzneimittel und Heilmitteln von der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen ausgeschlossen, und wenn ja, warum, und wird die Bundesregierung in Zukunft dafür sorgen, daß alle im Bereich des Gesundheitswesens Wirkenden in dieses dem Meinungsaustausch der Beteiligten und Betroffenen dienende Gremium aufgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

89. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wann wird die Bundesregierung eine Kosten-Nutzen-Analyse zum Ausbau des Nürburgrings vorlegen können?

90. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) . Wie sieht die Unfallentwicklung der letzten drei Jahre bei den Krafträdern — aufgeteilt nach den Haupt-
hubraumgrößen 250/350 ccm, 450/500 ccm, 650/750 ccm und mehr als 750 ccm — aus?
91. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, durch eine PS- und Hubraumlimitierung solcher
Motorräder, die in der Bundesrepublik Deutschland vertrieben und betrieben werden, die Unfallentwicklung der sogenannten PS-Protze oder Super-Maschinen nachhaltig zu senken und damit einen effektiven Schritt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erzielen?
92. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wieviel Kilometer Bundesfernstraßen wurden in den letzten fünf Jahren in landschaftlich besonders geschützten Gebieten (Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Nationalpark) gebaut bzw. sind derzeit im Bau oder in Planung, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, von solchen Baumaßnahmen in Zukunft abzusehen?
93. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit — angesichts der hohen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt an die Deutsche Bundesbahn (DB) — dem Vorstand der DB die Anregung zu geben und auf deren Verwirklichung zu dringen, daß alle Möglichkeiten festgestellt und genutzt werden, um unproduktive oder bürokratische Maßnahmen zu vermeiden?
94. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Wird die Bundesregierung den Vorstand der DB auf vergleichbare Initiativen des Bundesverteidigungsministers hinweisen, der für solche Zwecke eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, um trotz aller von der Aufgabenstellung gebotenen Unterschiede dennoch zu empfehlen, die Erfahrungen auszutauschen und auszuwerten?
95. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die in anderen europäischen Ländern praktizierte Numerierung von Autobahnausfahrten und das Anbringen von Hinweistafeln auf die bereits nummerierten Autobahnen und Bundesstraßen, und ist sie gegebenenfalls bereit, diese Art von Hinweisen in der Bundesrepublik Deutschland, die ja eines der wichtigsten Transitländer ist, zu übernehmen?
96. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, der Forderung des Verbands Deutscher Reeder (VdR) nachzukommen, unverzüglich die Meldepflicht für sowjetische Crosstrade-Beteiligungen bei den Fahrgebieten Nordatlantik, Ostafrika, Fernost und Indien/Pakistan einzuführen?
97. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Sind der Bundesregierung Pressemeldungen über die praxisfernen Prüfungsfragen bei Fahrschulprüfungen bekannt, und wenn ja, was gedenkt der Bundesverkehrsminister konkret zu unternehmen, um für die Praxis nutzlose Fragen aus den Prüfungsbögen zu entfernen?
98. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Auf welche konkreten Maßnahmen beziehen sich die Ausführungen von Bundesfinanzminister Matthöfer am 29. September 1978 im Deutschen Bundestag, wenn er für die Bundesregierung feststellt, wir setzen nach wie vor auf einen Ausbau der Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn?

99. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welches sind die raumordnerischen oder umweltpolitischen Gesichtspunkte, unter denen „der schieneungebundene öffentliche Verkehr“ Vorteile gegenüber dem Gütertransport auf den Straßen hat, und welche konkreten Maßnahmen ergeben sich daraus?
100. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Hinblick auf die Anlegung von Radfahrwegen Verkehrszählungen nicht immer Aussagen über die tatsächlichen Notwendigkeiten geben, weil angelegte Radwege erfahrungsgemäß weitaus häufiger benutzt werden als Trampelpfade und Bankette auf engen Straßen, und ist sie gegebenenfalls bereit, unter diesem Gesichtspunkt die Anlage von Radwegen im Bereich der B 44 zwischen Walldorf und Mörfelden und an der B 86 zwischen Mörfelden und Mönchbruch zu überprüfen?
101. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- In wieviel und welchen Fällen hat die Bundesregierung seit Inkrafttreten des Änderungsgesetzes 1976 von der in § 6 des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei unvorhergesehenem Verkehrsbedarf im Einzelfall Maßnahmen in die Straßenbaupläne aufzunehmen, die nicht dem Bedarfsplan entsprechen?
102. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Um wieviel Prozent lagen bei den in Frage 101 erwähnten Fällen jeweils die überprüften Prognoseverkehrswerte höher als die der Bewertung 1975 (erste Fortschreibung des Bedarfsplans) zugrundegelegten Werte, und wurden die überprüften Prognoseverkehrswerte jeweils durch hausinterne Berechnungen oder durch externe Gutachten ermittelt?
103. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche Bahnhöfe bzw. Haltestellen sollen im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn im Lahn-Dill-Kreis und der Stadt Lahn in den nächsten Jahren geschlossen werden?
104. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Feststellungen auf einer kürzlich in Nürnberg stattgefundenen Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure, VDI-Gesellschaft Fahrzeugtechnik, daß durch Leichtbauweise und geringeren Luftwiderstand der Kraftfahrzeuge ein Viertel des gegenwärtigen Kraftstoffverbrauchs eingespart werden könne, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Entwicklung im Sinne des Energiesparens und des Umweltschutzes so zu fördern, daß sie zum frühest möglichen Zeitpunkt verwirklicht werden kann?
105. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wird nach Meinung der Bundesregierung in Kürze die notwendige und überfällige politische Entscheidung der zuständigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz getroffen, daß mit der Elektrifizierung des kleinen Streckenabschnitts Singen-Schaffhausen ein international bedeutsamer Streckenverbund vollständig elektrifiziert wird?
106. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß freiwillige Feuerwehren im Einzugsbereich von Bundesautobahnen in zunehmendem Maße finanziellen und zeitlichen Belastungen ausgesetzt sind, um Einsätze auf Bundesautobahnen zu fahren und diesen besonderen Belangen ohne Zuwendungen gerecht werden, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, für diese Leistungen Ausgleichszahlungen zu leisten?

107. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine Beseitigung des Engpasses im Zuge der B 462 im Raum Gernsbach über den geplanten Ausbau der Gottlieb-Klumpp-Straße hinaus für erforderlich, und falls ja, wie ist der Stand der Vorbereitungen zur Beseitigung des Engpasses?
108. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Zeichnet sich als konkrete Lösungsmöglichkeit eine Tunnellösung südlich von Gernsbach oder eine überirdische Umgehung nördlich von Gernsbach ab, und bis wann ist zutreffendenfalls mit einer Verwirklichung einer der beiden Möglichkeiten zu rechnen?
109. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Welche Maßnahmen und Aktionen hat die Bundesregierung für 1979 — das Jahr des Kindes — vorgesehen, um die Aufklärung über Verhalten im Straßenverkehr zu intensivieren, vor allem angesichts der Tatsache, daß unter den jährlichen Verkehrsopfern ca. 70 000 Kinder sind, von denen 1 353 tödlich verunglückten?
110. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Autobahnen im nordostbayerischen Zonenrandgebiet und im bayerischen Grenzland nur zweispurig ausgebaut werden sollen, und wenn ja, welche Strecken und aus welchen Gründen?
111. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung darüber im klaren, daß ein nur zweispuriger Ausbau eine Benachteiligung des Zonenrandgebiets und des Grenzlands bedeutet, weil dieser nicht ausreicht und damit die in anderen Gebieten zu erzielenden Geschwindigkeiten nicht erreicht werden können, auf die die marktfernen Gebiete besonders angewiesen sind?
112. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie stellt die Bundesregierung sich zu dem Vorschlag der Deutschen Postgewerkschaft, nach Schweizer Vorbild einen Postkurierdienst einzuführen?
113. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) In welchen Gebieten und Ortschaften des mittelbadischen Raums — Landkreis Rastatt, Ortenau — sind derzeit probeweise fahrbare Postschalter von der Deutschen Bundespost eingesetzt, wird mit diesen fahrbaren Postämtern eine Korrektur bisheriger Praxis bei der Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit festen Postannahmestellen angestrebt, und welche Überlegungen liegen diesen Versuchen zugrunde?
114. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß fahrbare Postämter keinen Ersatz für Kundendienst und bürgernahe Versorgung durch die Deutsche Bundespost auf dem Lande darstellen, und ist sie bereit, postalische Versorgung der politischen Gemeinden durch Zustellpostämter und der dazu gehörenden Ortsteile mit entsprechender Einwohnerdichte durch Postannahmestellen sicherzustellen und von fahrbaren Postschaltern nur in Ausnahmefällen Gebrauch zu machen?
115. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wird die Bundesregierung als größter Arbeitgeber für Frauen die postalische Versorgung auf dem Land auch unter dem Aspekt der Erhaltung von Frauenteilzeitarbeitsplätzen betrachten, zumal diese Teilzeitarbeitsplätze in der Regel keinem Rationalisierungsschutz unterliegen?

116. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Bundespost im Jahr 1977 im Telefonbereich übergroße Gewinne gemacht hat, ihren Einfluß geltend zu machen, um die deutschen Telefongebühren zu senken und sie in der Höhe vergleichbaren europäischen Staaten wie zum Beispiel Frankreich und Italien anzupassen?
117. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Könnte die Bundesregierung als Sofortmaßnahme dem Wunsch des Rettungsdienstes Stiftung Björn Steiger e. V., Winnenden, entsprechen, auf die Notrufmelder direkte Hauptanschlüsse der Deutschen Bundespost zu legen und auf die monatliche Grundgebühr verzichten, so wie es bei öffentlichen Fernsprechern der Fall ist?
118. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Poststellen sollen im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundespost im Lahn-Dill-Kreis und der Stadt Lahn in den nächsten Jahren geschlossen werden?
119. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) Sind der Bundesregierung die sehr positiven Erfahrungen mit dem Postkurierdienst in der Schweiz bekannt, und ist sie bereit, daraus den Schluß zu ziehen, um auch in der Bundesrepublik Deutschland einen solchen Kurierdienst einzuführen?
120. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) Aus welchen Gründen wurde bisher nicht, wie von der Deutschen Postgewerkschaft gefordert, ein Postkurierdienst in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt, obwohl die Schweiz seit langem gute Erfahrungen gemacht hat?
121. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, am Buß- und Betttag als Serviceleistung den Feiertagstarif bei Telefongesprächen einzuführen, da dieser Tag nur in Bayern in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung kein Feiertag ist, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?
122. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Führt die Deutsche Bundespost Tests mit jugendlichen Bewerbern um einen Ausbildungsplatz durch, und falls ja, durch welche Testelemente erhält die Deutsche Bundespost Erkenntnisse über die Qualifikation oder Nichtqualifikation des Jugendlichen, die über den Erkenntnisstand, der durch das Schulabgangszeugnis vermittelt wird, hinausgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

123. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(SPD) Welche gesetzlichen Schritte plant die Bundesregierung, um Fälle des spekulativen Erwerbs und Verkaufs von Sozial- und Bundesbedienstetenwohnungen (z. B. durch Firmen der Dr. Rüger — Gruppe, AWOG und Langenbrahm — AG in Bonn-Duisdorf und Bonn-Kessenich sowie Essen etc.) in Zukunft zu unterbinden und der Tendenz solcher Unternehmen entgegenzuwirken, die Richtlinien bezüglich des Verkaufs von Sozialwohnungen dadurch zu umgehen, daß kurzfristig die öffentlichen Mittel zurückgezahlt werden?

124. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für möglich, daß Bewohnern von Bundesbedienstetenwohnungen nach einer Beendigung des Belegungsrechts Wohnungsfürsorgemittel zum Erwerb dieser Wohnungen gewährt werden, oder diese Wohnungen vom Bund erworben werden, soweit die Bewohner hierzu finanziell nicht in der Lage sind, oder ihnen gleichwertige Wohnungen angeboten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

125. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die im Geophysical Journal 83 im Juni 1978 veröffentlichten Berechnungen über die Vielzahl künstlicher Körper, die die Erde umkreisen, deren Kollisionswahrscheinlichkeiten und die Kollisionsfolgen bekannt, und hält es die Bundesregierung gegebenenfalls für erforderlich, verstärkte Sicherheitsabsprachen im internationalen Weltraumrecht herbeizuführen?
126. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung gegenüber den zuständigen Stellen der EG-Kommission eingeleitet, und zu welchen Ergebnissen haben sie gegebenenfalls mittlerweile geführt, um die im Juni 1978 öffentlich festgestellte Mißachtung bzw. das Fehlen von Sicherheitsvorschriften im europäischen Atomforschungszentrum Ispra (z. B. „Spiegel“ vom 12. Juni 1978) zu unterbinden?
127. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Konsequenzen für die eigene Arbeit und die von ihr in Auftrag gegebene „Birkhofer-Studie“ will die Bundesregierung aus der jetzt der US-Nuclear Regulatory Commission vorgelegten kritischen Überprüfung der Reaktorsicherheitsstudie WASH-1400 (Rasmussen-Report) ziehen?
128. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorwürfe des Bundesrechnungshofs zum Ankauf eines Hubschraubers durch den Bundesforschungsminister aus den Mitteln des Bundesforschungsministeriums in Kapitel 30 06 des Haushalts?
129. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Was hat der Bundesforschungsminister unternommen, um eine mißbräuchliche Verwendung von Förderungsgeldern, wie sie der Bundesrechnungshof im Falle des Hubschraubers festgestellt hat, abzustellen?
130. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Zu welchen derzeitigen gültigen Fachforschungsprogrammen der Bundesregierung existieren Leistungspläne und wo sind diese erhältlich?
131. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen gibt es noch nicht zu allen Fachforschungsprogrammen der Bundesregierung Leistungspläne, obwohl dies verschiedene Male angekündigt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

132. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung für den 4. Bauabschnitt der Friedrich-Ebert-Schule in Wiesbaden Zuschüsse gewährt, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
133. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD)
- Trifft es zu, daß z. Z. Ausbildungsbeihilfe nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) an nichtbuchführungspflichtige Landwirte, deren Gewinn nach § 13 a EStG pauschaliert gestellt wird, nach einer Methode der Einkommensermittlung gewährt wird, die im Durchschnitt dieser Betriebe nur rund 25 v. H. des tatsächlichen Einkommens erfaßt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls mit mir der Auffassung, daß die hier genannte außerordentlich bedenkliche Begünstigung dieser landwirtschaftlichen Betriebsinhaber gegenüber allen anderen Arbeitnehmern und auch gegenüber buchführungspflichtigen Landwirten nicht mehr länger hingenommen werden kann?
134. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Bundesernährungsministerium eine Verordnung vorbereitet wird, mit der bei nichtbuchführungspflichtigen Landwirten in Anlehnung an die Dritte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz eine realistischere Einkommensermittlung auch für die Gewährung von Ausbildungsförderung erreicht werden soll, und ist zu erwarten, daß die Ansätze der Dritten Leistungsdurchführungsverordnung zum Lastenausgleichsgesetz auch für das BAföG gelten werden?
135. Abgeordneter
Schläga
(SPD)
- Bemüht sich die Bundesregierung darum, daß in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland die Probleme der Friedenssicherung und der Verteidigungspolitik verstärkt angesprochen werden, und wenn ja, handelt es sich bei diesen Bemühungen darum, die Länder anzuregen, ein herausgehobenes Sonderfach zu schaffen, und wie will die Bundesregierung dem möglicherweise in der Öffentlichkeit entstehenden Eindruck vorbeugen, in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland würde das Fach „Wehrkunde“ eingerichtet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

136. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Tätigkeit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GtZ) als „ordnungspolitisch unbedenklich“ bezeichnet werden kann, oder ergeben sich aus ihrer Sonderstellung zur Bundesregierung, als deren Vergabestelle für Leistungen, die im Rahmen der „Deutschen Technischen Hilfe“ erbracht werden, und aus der daraus resultierenden Abhängigkeit privater Ingenieurfirmen von ihr sowie aus der ihr vom Bund gewährten Kostendeckung (einschließlich Gewinngarantie) und ihrem quasi-offiziellen Auftreten als „German Agency for Technical Cooperation“ Vorteile, die zu einer Verfälschung des Wettbewerbs in diesem Bereich führen können?

137. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für ausgeschlossen, daß die GtZ durch ihre Stellung als Generalvertragspartner der Bundesregierung und damit als Hauptauftraggeber von privaten Consultants das „Wohlverhalten“ ihrer privaten Konkurrenten im sogenannten Drittgeschäft (Finanzierung durch Empfängerländer, Aufträge des Europäischen Entwicklungsfonds etc.) erzwingen kann?
138. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in diesem Bereich den unverfälschten Wettbewerb insbesondere im Verhältnis zu den privaten Beteiligten sicherzustellen?
139. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Welche Teilbeträge der im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1979 im Einzelplan 23 – Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit – bei Kapitel 23 02, Titel 896 03 – bilaterale technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – und Titel 896 04 – Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in Entwicklungsländern – veranschlagten Mittel von 550 Millionen DM bzw. 124 Millionen DM entfallen voraussichtlich (Schätzbetrag) auf Investitionen (Zuschüsse für Investitionen)?
140. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Welche Teilbeträge (absolute Höhe und prozentualer Anteil) entfielen von den in den Haushaltsjahren 1973 bis 1977 jeweils bei Kapitel 23 02 Titel 686 01 – bilaterale technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – und Titel 686 05 – Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in Entwicklungsländern – des jeweiligen Bundeshaushaltsplans tatsächlich ausgegebenen Mitteln auf Investitionen (Zuschüsse für Investitionen)?
141. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Berichte bekannt über neue Verhaftungswellen besonders gegenüber Vertretern von Kirchen in Äthiopien, und ist sie bereit, gegen diese Grausamkeiten dadurch Stellung zu beziehen, daß sie für Äthiopien jegliche Entwicklungshilfeleistung einstellt?
142. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im europäischen Ministerrat, wo sie den Vorsitz führt, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Gremium sich ebenfalls gegen diese Terrormaßnahmen ausspricht und die Gewährung jeglicher Unterstützung davon abhängig macht, daß Menschenrechte geachtet werden?

Bonn, den 3. November 1978